



Die Rolle Chinas (GO)NGOs für eine gendergerechte Demokratisierung

Nora Sausmikat

Die Autorin ist Mitarbeiterin im EU-China-Projekt der Asienstiftung.

Die Förderung von Zivilgesellschaft ist mittlerweile ein weltweit akzeptiertes Vehikel zur Förderung von Demokratie im Rahmen von Entwicklungshilfeprogrammen in Transformationsgesellschaften geworden. Dabei wird weder der Begriff „Demokratie“ noch der Begriff „Zivilgesellschaft“ hinterfragt. Die Übertragbarkeit des im westlichen Kontext entstandenen Konzepts der *Civil Society* auf autoritäre, paternalistisch geprägte Transformationsgesellschaften wie auf die VR China erscheint jedoch fraglich. Die Begriffe „Zivilgesellschaft“ sowie „*Civil Society*“ wurden vor allem nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime durch osteuropäische Intellektuelle in den frühen 1980er Jahren rezipiert. Sie stammen jedoch aus einer Zeit der neuen sozialen Bewegungen (Habermas, Touraine) in Industrienationen, die neue politische Gelegenheitsstrukturen als auch eine verantwortungsvolle und ressourcenreiche Bürgergesellschaft zur Voraussetzung hatten. In den kommunistischen Regimen übernahmen v.a. drei große Massenorganisationen die Vertretung der Interessen der Bevölkerung: Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen. Mit der Erodierung dieser Organisationen und der Herausbildung neuer Interessengruppen wurden auch neue gesellschaftliche Partizipationsräume eingefordert. Es war vor allem die Frauenbewegung, die in nahezu allen Transformationsgesellschaften die Vorreiterrolle bei der Eroberung nichtsstaatlicher Räume einnahm.

Zivilgesellschaftsbegriff und die chinesische „NGO-Gesellschaft“

Der Begriff Zivilgesellschaft ist heute ein Sammelbegriff für ähnlich heterogene Konzepte und Definitionen wie für Demokratie. In Europa hat sich die auf Hegel zurückgehende Vorstellung einer Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft durchgesetzt. Der Begriff der Zivilgesellschaft bezieht sich danach auf vom Staat unabhängige Teile der Gesellschaft. In der Habermas'schen Definition wird eine „kritische Öffentlichkeit“, in der die freie Willensbildung und Partizipation des „mündigen Bürgers“ möglich sind, zum Kernbestandteil der partizipativen Demokratie. Zivilgesellschaft entwickelt danach nur als autonome Bürgergesellschaft mit einer unversehrten Privatsphäre. Andere sehen die Garantie der Freiheits- und Bürgerrechte als Kernbestandteile der die herrschenden Eliten kontrollierenden Zivilgesellschaft (Dahrendorf). Wieder andere stellen das Ideal des Kommunitarismus, also die auf ein umfassendes Solidar- und Verantwortungsgefühl zurückgehenden Gemeinschaften, in den Mittelpunkt ihrer Theorie (Taylor, Walzer, Etzioni). Letztlich sind institutionelle und rechtsstaatliche Rahmenbedingungen (Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Pressefreiheit, Organisations- und Versammlungsfreiheit etc.) unerlässlich, um die Unabhängigkeit vom Staat (bzw. einer herrschenden Partei) zu gewährleisten und die Entfaltung der Meinungsbildungsprozesse möglich zu machen. China befindet sich in einer Phase der Liberalisierung, in der kontrollierte politische Partizipation möglich ist, aber ansonsten ist die entstehende Zivilgesellschaft mit den oben genannten Theorien nicht beschreibbar. Am ehesten trifft die Theorie des Kommunitarismus die in Nachbarschaftskomitees, Clanstrukturen und anderen Solidarnetzen praktizierte *soziale Verantwortung*.

Civil Society wird in China in der offiziellen Lesart als ein kooperatives Modell der Partnerschaft zwischen Staat und Gesellschaft verstanden, um den Rückgang der Wohlfahrtsfunktionen des Staates abzufedern. Konsequenterweise formuliert z.B. der

Politikwissenschaftler Yu Keping Sozialmanagement, öffentliche Verwaltung und wirtschaftliche Interessenorganisationen als Basis der *Civil Society*. Mittlerweile haben sich aber auch zahlreiche Organisationen gebildet, die sich als Sprachrohr einer die Staatlichkeit kritisch kommentierende Öffentlichkeit verstehen. Die sich etablierende „Öffentlichkeit“ (*public sphere*) ist also in China nicht mit der Habermas'schen Definition einer „bürgerlichen Gesellschaft“ (des europäischen 17./18. Jh.) zu beschreiben. Die Übersetzung des Konzeptes Zivilgesellschaft oder *Civil Society*, beides schon leicht abweichende Konzepte, ins Chinesische hat zahlreiche Varianten gefunden. Heute benutzt man in der Regel „*Gongmin shehui*“, einen Begriff, der wörtlich zwar nur Staatsbürgergesellschaft bedeutet, aber Partizipation und Bürgerrechte impliziert.

Diese Partizipation wird in China durch die Gründung von Interessengemeinschaften verwirklicht. Diese gelten i.d. R. als wichtige Faktoren zivilgesellschaftlicher Prozesse, da sie sich um Interessenartikulation und damit um Einflussnahme gegenüber der Gesellschaft und der politischen Administration bemühen. Die sogenannten „*shehui tuant*“ (wörtlich: soziale Organisationen) bzw. „*minjian zuzhi/shetuan*“ (Volksorganisationen) gelten gemeinhin in China als NGO/NPO-Körper, auch wenn sie nicht politische Organisationen darstellen. Diese sozialen Organisationen umfassen sowohl autonome (d.h. auch finanziell autonome) Zusammenschlüsse wie gemeinnützige Vereine, als auch durch Staatseinheiten aufgebaute Organisationen, wie Wohlfahrtsverbände und Stiftungen (so genannte GONGOs, Governmental Organized NGOs). Sie lassen sich in vier Kategorien gliedern: akademische Vereinigungen, Handelsvereinigungen, Berufsverbände und Stiftungen. Ähnlich wie in anderen asiatischen Staaten sind diese Organisationen eng an den Staat gebunden und in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt.

Der in den 80er Jahren begonnene Reformprozess schuf die Voraussetzungen für die Entstehung von Aktionsräumen außerhalb der staatlichen Organisation und das Anwachsen neuer gesellschaftlicher Kräfte. Die Gründung wissenschaftlicher, beruflicher, fachlicher oder künstlerischer Vereinigungen ist seit den 1980er Jahren gesetzlich erlaubt. In den Städten gründeten sich neue „politische Beraterinstitute“ oder kleinere Wirtschafts- und Kulturvereinigungen, auf dem Land beschränkten sich die Interessenverbände vornehmlich auf neue Wirtschaftszusammenschlüsse. Nach der innenpolitischen Krise 1989 wurde jedoch dieser zaghafte eroberte „öffentliche Raum“ so stark politisiert, dass die in der ersten Experimentierphase entstandenen Aktionsräume von engen staatlichen Restriktionen beschnitten wurden. Seit der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing und dem in den Vorort Huairou ausgelagerten NGO-Forum gibt es vermehrt gemeinnützige Vereinigungen, die auf staatliche Initiativen zurückgehen. Große staatliche Forschungszentren sowie Massenorganisationen wie der Nationale Frauenverbandes wurden mit dem Label NGO geschmückt. Dieser Prozess diente einerseits der Popularisierung des westlichen Konzeptes der NGOs, andererseits aber auch der Integration politisch kritischer Stimmen in den Politikprozess. In der Folge gab es vereinzelte Gruppen, die das Bedürfnis und die Notwendigkeit artikulierten, bestimmte „Voraussetzungen“ für die Entstehung und Bewahrung einer *Civil Society* klar und deutlich zu benennen: den Schutz von Interessen- und Minderheitengruppen, ein unabhängiges Rechtssystem, Zugang zu unabhängiger Information, das gesetzlich garantierte Recht zur Gründung von staatlich unabhängigen Vereinigungen und Organisationen, und vor allem Presse- und Meinungsfreiheit. Diese Forderungen bestehen bis heute.

Ähnlich wie es sich aber mit allen in der Verfassung garantierten Rechten verhält, verhält es auch mit dem Recht auf Gründung von Vereinigungen, der „Pressefreiheit“ oder den Menschenrechten. Erstens gibt es kein Verfassungsgericht, bei dem man die Rechte einklagen könnte, zweitens gibt es regional sehr unterschiedliche Auslegungen der Gesetze und drittens gibt es die zyklische Abwechslung von liberalem und autoritärem Regierungsstil. Es gibt Zeiten, in denen ist die von Regierungsseite ungerne gesehene horizontale Vernetzung möglich, dann wieder werden Organisationen unter fadenscheinigen Argumenten geschlossen. Die zunächst angedrohte Schließung der chinesisch-britischen NGO „China Development Brief“ gipfelte schließlich in der Fortführung unter rein chinesischer Ägide. In den allermeisten Fällen ist der Grund für die Schließung von Vereinigungen nicht in der politischen Brisanz der Ziele dieser Organisationen zu suchen, sondern in der komplizierten Schirmherrschaftsregelung zu suchen.

Sich als NGO registrieren zu lassen ist ein Weg mit vielen Hindernissen. Die „Bestimmungen über Anmeldung und Verwaltung gesellschaftlicher Vereinigungen“ sehen vor, dass die Vereine staatlicher Kontrolle unterworfen sein sollen. U.a. sehen diese Bestimmungen explizite die Anmeldung über eine „Trägerinstitution“ vor. Die Anmeldung setzt damit voraus, dass eine offizielle Stelle (Behörde, staatliche oder Parteiinstitution, öffentliches Unternehmen) den formalen Antrag auf Anerkennung eines Vereins stellt und zugleich die formelle Schirmherrschaft übernimmt. Diese Institutionen übernehmen theoretisch auch die volle Verantwortung für eventuelle Fehltritte der Organisationen, was die Registrierung mühsam und oft erfolglos gestaltet. Die Umweltorganisation Friends of Nature musste trotz der guten politischen Verbindungen des Gründers Liang Congjie ein Jahr auf die Antwort der damaligen Umweltbehörde warten, die schließlich ablehnte. Er fand schließlich bei der Akademie für Chinesische Kultur einen gewillten Sponsor, der die Akademie für grüne Kultur gründete. Unter dieser Einheit konnte sich Friends of Nature schließlich 1994 als erste Umweltschutzorganisation beim Ministerium für zivile Angelegenheiten registrieren. Aufgrund dessen wird seit Jahren gefordert, diese „Sponsoren- und Schirmherrschaftsregelung“ zu reformieren.

Um die enge Bindung zum Staat aufrechtzuerhalten, wurden im Rahmen der Verwaltungsreform Ende der 90er Jahre pensionierte Regierungskader explizit dazu aufgefordert, Leitungsfunktionen in den Vereinigungen zu übernehmen. Andere die Unabhängigkeit und Selbstverwaltung beeinträchtigende Faktoren sind Korruption, Spendenmissbrauch und Geldwäsche. Ein 2002 international bekannt gewordener Skandal war z.B. die Veruntreuung von 12 Mio. Dollar Spendengeldern durch das „Project Hope“, gegründet und verwaltet durch die Kommunistische Jugendliga. Dieses Projekt sollte mittellosen oder ärmeren Familien die Ausbildung ihrer Kinder durch die Erstattung der Schulgebühren ermöglichen. Solche Skandale bringen natürlich viele der staatlich organisierten GONGOs in Misskredit. 2006 wurde daher erneut eine Verschärfung der Gesetzgebung vorgenommen und neue Evaluierungsmechanismen institutionalisiert.

Um eine möglichst unkomplizierte horizontale Vernetzung der NGO-Institutionen zu ermöglichen, werden oft nationale Wohlfahrtseinrichtungen wie z.B. der nationale Frauenverband zur dominanten Trägereinheit. Die meisten Frauen-NGOs sind daher an den Frauenverband gebunden, der zunehmend versucht, sich den neuen Herausforderungen der sich modernisierenden Gesellschaft anzupassen. Tatsächlich sind

aber die Issue-Groups und gewerkschaftlich-organisierten Gruppen erfolgreicher bei der Durchsetzung der Interessen von Frauen.

Vielen Initiativen blieb daher keine andere Wahl, als sich als Unternehmen zu registrieren. So erging es der berühmten Umweltschutzorganisation Global Village of Beijing, die sich nach erfolgloser Suche nach einem staatlichen Träger 1996 entschloss, sich als Unternehmen zu registrieren. Dies verursacht sehr viele Probleme beim Empfang von Spenden und der Abfuhr von Steuern. Auch Greenpeace China und World Vision sind als Unternehmen registriert. World Vision arbeitet in den Projekten in Yunnan teilweise recht eng mit Regierungsinstitutionen zusammen. Eine andere Möglichkeit ist die Gründung von „Projekten“ im Auftrag ausländischer Stiftungen. Ein positiver Trend ist die Entwicklung der ursprünglich staatlich initiierten Organisationen zu autonomen Vereinigungen. Im Laufe der Jahre konnten sich die regionalen Zweige nationaler Vereinigungen eigene regionale Projekte, internationale Kontakte und ein eigenes Profil entwickeln. Durch die formale Bindung an die Trägereinheit kann es daher auch zu positiven Rückkopplungseffekten auf die staatliche Politik kommen. Ein weiterer Vorteil der Bindung an Regierungsorgane ist der Zugang zu Ressourcen.

Daneben gibt es jedoch auch zahlreiche unregistrierte NGOs - 1996 schätzte man die Anzahl der unregistrierten NGOs auf 20.000. Diese organisieren sich als „informelle Gruppen“ in „Clubs“ oder „Salons“. Andere umgehen die Registrierung beim Ministerium für zivile Angelegenheiten, indem sie sich direkt an bestehende Institutionen wie Universitäten oder kommerziellen Unternehmen angliedern. So sind z.B. eine Vielzahl von studentischen Gruppen wie das China Green Students Forum und die Green Stone City an die Qinghua-Universität in Beijing oder das Green Team an die Lanzhou Universität angegliedert.

Die offizielle NPO-Webseite führt für 2006 die schier überwältigende Zahl schon 1 Mio. 800.000 registrierten NPO-Vereinigungen an - diese Zahl kann nur entstehen, wenn man jeden Kleingartenverein mitgezählt. Diese Zahl sagt mehr über den wachsenden Wohlstand und eine entstehende Freizeitgesellschaft aus als über wachsendes bürgerschaftliches Engagement. Die Statistik des Ministeriums für zivile Angelegenheiten wies dagegen für 2001 die weitaus realistischere Anzahl 129.000 registrierten „sozialen Organisationen“ und 82.000 „Gesellschaftlichen nicht-unternehmerische Arbeitseinheiten“ auf.

1. Frauen- und Umweltbewegung waren die Wurzel der (GO)NGOs

In den 1980er Jahre entstanden vor allem in den urbanen Zentren zahlreiche Initiativen, die für politische Mitbestimmung votierten. Bevor es entsprechende Gesetze gab, gründeten sich die ersten nichtsstaatlichen Initiativen im Frauen- und Umweltbereich (abgesehen von den ländlichen Wirtschaftszusammenschlüssen). So organisierte z.B. die Frauenforscherin Li Xiaojiang 1985 das erste nichtstaatliche Symposium in Zhengzhou, welches sich kritisch mit bestehenden Dogmen zur geschlechtlichen Gleichberechtigung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinandersetzte. Im gleichen Jahr gründete sie die „Nichtstaatlichen Frauenforschungsvereinigung“ (*funü yanjiu minjian tuanti*).

Li Xiaojiang koppelte die Entstehung der nichtstaatlichen Frauenforschungszentren direkt an die Erfahrungen ihrer Generation. Diese Generation der um 1940/50 Gebore-

renen hätte unter der Diskrepanz der Geschlechternivellierung während der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966-76) und der anschließend im marktwirtschaftlichen Reformchina der 80er Jahre erneut entstandenen Geschlechterdiskriminierung gelitten. Frauen wie Li Xiaojiang (geb. 1951) hinterfragten sozialistische Gleichberechtigungstheorien. Der nationale Frauenverband rechtfertigte Ende der 80er Jahre die Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Hinweis auf die chinesische Revolutionsgeschichte, nach der man sich erst in der „Anfangsphase des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft“ befand, in der wirtschaftliche Effizienz nun einmal Opfer der Frauen fordere. Es waren nun die Frauen dieser Generation, die sich mit dem erneuten Aufruf zur Opferbereitschaft nicht zufriedengeben wollten. Lis Aufruf an die Frauen, sich aus der „Abhängigkeit vom Staat und von den Männern“ zu befreien, beinhaltete eine bewusste Distanzierung zum Staat.

Der Frauenverband reagierte auf die wirtschaftlichen Probleme der Frauen mit dem Aufruf, die eigene „Qualität“ zu erhöhen. Angesichts der Tatsache, dass in der ersten Hälfte der 90er Jahre 70 % der entlassenen Arbeitskräfte Frauen waren, erschien dieser Aufruf naiv. Erst 1992 boten gesetzlich garantierte Rechte wie das „Gesetz zum Schutze der Frauenrechte“ den Frauen überhaupt die Möglichkeit, an ihrer Situation etwas zu ändern. Die notwendig gewordene „Hilfe zur Selbsthilfe“ bezeichnet den Beginn der Frauenbewegung und der Frauen-NGOs.

Die ersten Initiativen wurden von Akademikerinnen gegründet. In den 80er Jahren gab es auch die ersten Gründungen von telefonischen Beratungszentren wie die 1988 als inoffizielle Frauen-*Hotline* des Beijinger Frauenforschungsinstitutes. Sie sollte Ratgeber für Frauen sein, die „aufgrund des schnellen gesellschaftlichen Wandels“ überlastet oder „desorientiert“ waren. 1994 ließen sie sich offiziell registrieren, 1996 gaben sie sich den Namen *Women's Psychological Counseling Center* (Maple) und waren auf mittlerweile vier thematisch aufgegliederte Beratungshotlines angewachsen. Viele bezeichnen heute Maple als einzig wahre Frauen-NGO, da sie niemals staatliche Gelder empfangen habe. Doch ohne die Starthilfe des „*Global fund for women*“, der *Ford Foundation* und anderen internationalen Stiftungen würde es diese Organisation nicht mehr geben. Darüber hinaus wird auch Maple vom Frauenverband verwaltet. In der anfangs nur zwölf freiwillige Intellektuelle umfassenden Initiative arbeiten heute über 100 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen allein für die Hotline. Maple ist heute zu einer wichtigen Beratungseinrichtung mit „Zweigstellen“ in verschiedenen Städten geworden, in der persönliche Beratungstermine über die Telefonberatung hinaus für z.B. extrem suizidgefährdete Frauen, für komplizierte Scheidungsberatungsgespräche und für Frauen „unter extremem emotionalen Druck“ stattfinden (<http://www.maple.org.cn>). Viele Beratungseinrichtungen starteten als *Hotlines* - insgesamt soll es in China 3000 eingerichtete *Hotlines*, oft verwaltet vom Frauen- oder Jugendverband, geben. Für viele Frauen ist es aber ausschlaggebend zu wissen, dass das Maple-Beratungszentrum nicht an den Frauenverband angeschlossen ist. Die Atmosphäre des Vertrauens in einem anonymen Bereich, der sich jeglicher Kontrolle entzieht, eröffnet einen individuellen, privaten Raum ohne gesellschaftliche und moralische Zwänge.

Eine andere Initiative, die auf eine *Hotline* zurückgeht, ist das 1988 gegründete Beijing *Jinglun Family Centre*. Direktorin war Prof. Chen Yiyun. Dieses Zentrum berät v.a. in Fällen häuslicher Gewalt, medizinischer und legaler Probleme. 1996 musste die *Hotline* allerdings schließen, da sie zu wenig ausgebildetes Personal für die medizinischen und rechtlichen Beratungsgespräche zur Verfügung hatte. So wurden

diese Beratungsbereiche u.a. an das 1991 gegründete *Centre for Women's Law Studies and Legal Services* der Beijing Universität abgegeben, im *Jinglun* Zentrum konzentrierte man sich fortan auf allgemeine, persönliche Beratung und psychologische Unterstützung.

Das „Zentrum für Frauenrechtsstudien und Rechtsberatung“ hat seit seiner Gründung enorm viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, da es wohl als einzige Frauen-NGO ohne direkte Anbindung an den Frauenverband politikberatend tätig werden konnte. Das Zentrum hat vor allem das Ziel, als Korrektiv der Regierung zu fungieren. So wird sich auf einige wenige komplizierte und wichtige Fälle konzentriert, die als Präzedenzfälle in Veröffentlichungen eine möglichst hohe Publizität erreichen sollen, um damit Druck auf die gesetzgebenden Instanzen auszuüben. Die größten Probleme sieht die Direktorin des Zentrums Guo Jianmei in der finanziellen Schwäche der prozessführenden Partei und in der schlechten Allgemeinverfassung des Rechtssystems in China. Guo möchte das Zentrum zur führenden Institution bei Gerichtsfällen von Frauenorganisationen, im Arbeitsrecht und Management sowie bei *Funding*problemen ausbauen. Long Sihai, der Direktor des „*Legal Counselling Centre for Women and Children*“ in Xishuangbanna (Yunnan) sieht in der Bildung von persönlichen „strategischen“ Netzwerken einen Weg, auch außerhalb des existierenden System zu operieren, und ist zuversichtlich, dass mit wachsendem Bedarf an Rechtsberatungen auch die Kundenbeiträge die Zentren tragen werden. Longs Organisation ist ein Beispiel für eine vom Frauenverband initiierte Organisation, die heute selbstständig ist.

Abgesehen von Beratungszentren gibt es immer mehr Initiativen, die Lobbying, Aufklärung und Servicefunktion verbinden. Ein wichtiger Bereich dieser Initiativen beschäftigt sich mit der Migrantenproblematik, und hier vornehmlich mit Migrantinnen. Die wohl bekannteste Initiative ist das „*Cultural Development Center for Rural Women*“, einer Initiative, die aus der ersten Migrantenzeitschrift „*Rural women knowing all*“ hervorgegangen ist (siehe Kasten). Weitere Nebenprodukte der von Xie Lihua gegründeten Zeitschrift waren der „*Migrants Womens Club*“ und das Trainingszentrum für ländliche Frauen. All diese Initiativen zielen darauf ab, den meist rechtlosen Status der Wanderarbeiterinnen zu beenden, Aus- und Fortbildung bereitzustellen und dieser Bevölkerungsgruppe insgesamt eine Lobby zu schaffen.

Ein relativ junges Phänomen ist die Bildung von Allianzen zwischen frauenpolitischen Organisationen. So gab es seit 2004 jährliche Treffen der sechs Organisationen Shaanxi Women's Marriage and Family Research Association, Beijing's Cultural Development Center for Rural Women, Xishuangbanna Legal Counselling Centre for Women and Children (Yunnan), Henan Community Education Research Center, Maple Women's Psychological Counseling Center und des Zentrum für Frauenrechtsstudien und Rechtsberatung der Beijing Universität. Diese Treffen dienten der Identifikation gemeinsamer Probleme, der Fortbildung und der Diskussion von weiterem Handlungsbedarf.

Auch die EU engagiert sich als Geldgeber für die Unterstützung von Migrantinnen – so finanziert sie das von CANGO getragene Projekt „Beschäftigungsförderung und Rechtsschutz für Migrantinnen in Beijing“ (2006-09). CANGO (China Association of NGO Cooperation) wurde 1992 gegründet, untersteht dem Ministerium für zivile Angelegenheiten und ist eine Netzwerkorganisation. Gleichzeitig werden hier auch operativ Projekte, Forschungen und Beratungen durchgeführt, die vorrangig durch aus-

ländische Geldgeber finanziert werden. CANGO führt zur Zeit mehrere Frauenförderprojekte durch.

Wie oben schon angedeutet gibt es heute kaum noch Frauenorganisationen, die nicht in der einen oder anderen Weise an den Frauenverband angegliedert sind. Gemeinsam mit dem Frauenverband werden manchmal auch übergreifende Institutionen gegründet, wie die seit 1988 existierende, und gemeinsam mit dem Ministerium für zivile Angelegenheiten gegründete Frauenentwicklungsstiftung. Die Frauenverbände aus 31 Provinzen, Städten und autonomen Regionen sind Mitglieder. Diese Einrichtung stellt Förderinstrumente für Frauen bereit wie die 1997 gegründete Frauenuniversität, Stipendien, Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge. Sie leistet aber auch Katastrophenhilfe, fördert Gesundheitsaufklärung, fördert die Einrichtung von Wasserversorgungsstationen besonders in armen Regionen des Landes, wo vor allem Frauen und Kinder unter fehlendem Zugang zu sauberem Wasser zu leiden haben, und schuf ein eigenes „Frauenwohlfahrtslabels“. Insgesamt kann diese staatliche Einrichtung als zentraler Frauenwohlfahrtsverband verstanden werden.

Die Umweltbewegung nahm ihren Anfang mit den beiden Umweltinitiativen *Friends of Nature* (1994) und *Global Village Beijing* (1996). Heute schätzt man die Anzahl der Umwelt-Vereinigungen auf ca. 1500. Für die meisten dieser Organisationen stellt die Kooperation mit den Medien eine überlebenswichtige Funktion dar. Global Village of Beijing definierte ihr Ziel darin, über die vielfältigen Medien ein Umweltbewusstsein zu wecken. Weiterhin bleibt aber das Problem bestehen, dass es für Rechtsanwälte immer noch nicht lukrativ ist, Umweltsünder zur Rechenschaft zu ziehen. Der heute 50jährige Wang Canfa ist einer der international berühmt gewordenen Umwelthanwälte, er gründete 1998 die NGO „Zentrum des Rechtsbeistands für Umweltschadensopfer“, welches nicht nur Rechtsbeihilfe leistet, sondern auch Rechtsanwälte aus- und fortbildet. So wird die erste Generation von Umwelthanwälten herangebildet. Seine ersten Prozesse, wo er z.B. die Anwohner eines von der nahegelegenen Chemiefabrik vergifteten Flusses vertrat, ermutigten ihn, diese Organisationen zu gründen. Er konnte hohe Entschädigungs- und Schadensersatzsummen geltend machen. Heute kann seine Organisation auf 50 erfolgreiche Prozesse verweisen, allerdings auch auf eine ebenso große Zahl verlorener Prozesse. Die größte Schwierigkeit für erfolgreiche Prozesse besteht in der engen Verzahnung zwischen lokaler Bürokratie und Unternehmen. Für Wang sind die Medien ein Überlebensfaktor. Wie für die meisten Interessenorganisationen sind auch für Wang übergeordnete Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung für eine Veränderung zum Positiven. So seien das Rechtssystem und eine unabhängige Justiz Vorbedingung für nachhaltige Veränderungen. Darüber hinaus gibt es zu wenig positive Anreize, um Umweltschutzinitiativen zu belohnen. Auch gibt es wie in anderen Entwicklungsländern das Problem, dass Regierungsinitiativen zum Umweltschutz zumeist den Regierungsmaßnahmen zur Armutsreduzierung (Bergbau, Dämme etc.) zuwiderlaufen. Dennoch muss man anerkennen, dass China als erstes Land eine eigene Agenda 21 formuliert hat.

Die meisten Umweltinitiativen in China unterstehen der *China State Environmental Protection Agency* (SEPA), die den Rang eines Umweltministeriums einnimmt. Der Vizeminister dieser Behörde, Pan Yue, machte in den letzten Jahren vor allem durch die Benutzung der Medien auf die Umweltproblem aufmerksam. 2005 ließ er über 30 Bauvorhaben stoppen, die nicht der Umweltverträglichkeitsprüfung standhielten. Dadurch verschuf er dem seit 2003 geltenden Gesetz zur Umweltverträglichkeit breite Aufmerksamkeit. Auch die Zusammenarbeit mit Umweltinitiativen wird von Pan ge-

sucht. Davon profitierte z.B. auch die von der Umweltaktivistin Wang Yongchen und ihrer NGO „Green Earth“ mitorganisierte Widerstandsbewegung gegen die 13 am westlichen Nujang-Fluss geplanten Staudämme. Pan Yue und der zuständige Abteilungsleiter für die Umweltverträglichkeitsprüfungen Mu Guangfeng ließen sich überzeugen, diese Projekte zu vertagen, bis heute wurden die Bauarbeiten nicht wieder aufgenommen. Das Erdbeben in Sichuan kann nun, so tragisch es auch ist, einen positiven Effekt auf die Verhinderung dieser Staudämme haben.

Im Umweltbereich engagieren sich vor allem jüngere, städtische und relativ wohlhabende Bevölkerungsschichten. In den letzten fünf Jahren hat die Umweltbewegung ähnliche Ausmaße erreicht wie die der 1970er Jahre in Japan und in Europa. Insgesamt überwiegen aber doch die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen, Umwelt- und Frauen-NGOs machen, trotzdem sie die ersten zivilgesellschaftlichen Interessengruppen hervorbrachten, einen kleinen Teil der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus.

Das Internet als zivilgesellschaftlichen Faktor

In jüngster Zeit haben Sozialwissenschaftler darauf hingewiesen, dass das Internet die Herausbildung einer Zivilgesellschaft in China fördere. Ende 2007 gab es in China ca. 220 Mio. Internetnutzer, fast viermal soviel wie 2003. Einer Untersuchung des *China Internet Network Information Center* (CNNIC) von 2003 zufolge wurde das Internet zu fast 50% aus Gründen der Informationsgewinnung und zu einem Drittel aus Unterhaltungsgründen genutzt. Nicht wenige Wissenschaftler in und außerhalb Chinas sehen in dem wachsenden Internetzugang eine Möglichkeit der Demokratisierung. Es fördere den Informationszugang, die öffentliche Debatte und diene als Instrument politischer Einflussnahme. Es gibt zahlreiche Beispiele, die dies belegen können. Eine Erfolgsstory war etwa der Fall eines Arbeiters, der nach einem krassen Fehlurteil im Sommer 2002 in der Provinz Shaanxi hingerichtet wurde. Es kam im Internet zu einer öffentlichen Debatte über die Todesstrafe und Rechtspraktiken in China, an der sich nicht nur Juristen und Parteizeitungen beteiligten, sondern über Internetportale Tausende von Bürgern, die ihrer Empörung und Wut deutlichen Ausdruck verliehen. Zwar wurde diese Diskussion von der Parteiführung rasch wieder gestoppt. Doch in der Folge dieses Ereignisses soll die politische Führung den Justizapparat angewiesen haben, die Zahl der Todesurteile zu senken. Künftig sollen von lokalen Gerichten verhängte Todesurteile durch den Obersten Volksgerichtshof überprüft werden. 2006 gab es einen anderen spektakulären Fall: innerhalb von 24 Stunden haben 12 Mio. Menschen eine Petition im Internet unterzeichnet, die die Regierung dazu aufrief, den ständigen Sitz Japans im Sicherheitsrat zu unterbinden.

Unbestritten stellt das Internet für diejenigen, die sich politisch organisieren wollen, eine große Hilfe dar. Es werden sogar Nachrichten über neue Möglichkeiten verbreitet, wie Zensur und Kontrolle am besten zu umgehen seien. Die sich seit den 1990er Jahren im und durch das Internet gegründeten NGOs sollen nach einer Studie von Thomas Heberer (2008) auf 2700 Internet-NGOs angewachsen sein. Ein Vorteil für diese Organisationen, die sich nicht nur als Informationsdienste, sondern auch als Mobilisierungsportale verstehen, besteht in der Umgehung der Registrierungspflicht.

Der Missbrauch der neuen Medien ist jedoch auch vorprogrammiert. So soll kurz nach dem Erdbeben in Sichuan über SMS und Internet die Nachricht verbreitet worden sein, ein ähnliches Beben stehe in Beijing bevor. Auch nationalistisch ausgerichtete Gruppen können sich über dieses Medien Gehör verschaffen, was im Falle der

Anti-Japan-Bewegung 2005 zum Einschreiten der Regierung führte. Die Kollaboration von Yahoo-China mit den Überwachungsbehörden ist ein weiteres Gegenbeispiel, welches zeigt, dass das Netz auch neue Möglichkeiten der flächendeckenden, durch multinationale Konzerne unterstützten Überwachung bieten kann. Neben der Zensur (wie z.B. die Blockierung der Internetportale von Youtube und BBC nach Großereignissen wie den Tibetdemonstrationen) gibt es auch die Verhaftung von sogenannten Internetdissidenten. Zur Zeit sitzen 50 solche Aktivisten in chinesischen Gefängnissen. Bekanntestes Beispiel ist Hu Jia, der 2008 zu 3,5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er im Rahmen der international geführten Diskussion um die Ausrichtung der Olympischen Spiele in China Menschenrechtsverletzungen und das repressive politische System der VR China kritisierte.

Schlusswort

China befindet sich inmitten großer Umwälzungen. Der japanische Politologe Kenji Otsuka hat vor allem zwei positive Bedingungen für die Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft herausgestellt. So käme es erstens zu einem Gründungsboom von NGOs, wenn Dienste des Dritten Sektors dringend vom Staat benötigt werden und wenig Restriktionen bestünden. Zweitens könne eine solche Gesellschaft in einem autoritären System nur dann entstehen, wenn die Notwendigkeit des Dritten Sektors zu einer Liberalisierung führe. In China besteht der Bedarf an dem Ausbau eines Dritten Sektor, aber die Restriktionen sind weiterhin sehr hoch. Die Einführung der Marktwirtschaft hat in dieser Hinsicht zwei gegensätzliche Entwicklungen hervorgebracht: Sie führte einerseits zum extremen Anstieg sozialer Ungleichheiten. Das Fehlen von staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen hat vor allem den Aufbau eines Dritten Sektor notwendig gemacht und damit den Raum für Bürgerorganisationen legitimiert. Andererseits sind durch die marktwirtschaftlichen Veränderungen auch neue Einfluss-sphären gebildet wurden, wie die neuen Medien, aber auch privat organisierte neue Publikationsorgane. Kritische Journalisten schätzen die Lage positiv ein. Durch die enormen Umwälzungen innerhalb sehr kurzer Zeit sei China vor solch eine Vielzahl von unterschiedlichen Problemen gestellt worden, dass das Engagement und die kritische Äußerungen der Bevölkerung unvermeidbar seien. Die politische Elite lässt partielle Partizipation zu, nutzt das Bürgerengagement, um sich über die Interessen der Bevölkerung zu informieren, auch, um damit in Krisensituationen rechtzeitig reagieren zu können und die öffentliche Wahrnehmung in die gewünschte Richtung zu lenken. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Ausweitung des Aktionsraumes war nur möglich, indem im Vorfeld die radikale Definition von staatsoppositioneller Zivilgesellschaft für die VR China ausgeschlossen wurde. Seither sind regierungskritische und investigative NGOs sogar willkommen, sie dienen der neuen politischen Elite als Beraterorgane, zur Imagepflege und im Falle von unternehmerischen oder juristischen Skandalen der Durchsetzung drakonischer Strafmaßnahmen.

Übergreifende Probleme bestehen weiterhin in der problematischen Gesetzeslage, der Abhängigkeit vieler Organisationen von ausländischen Geldgebern und dem mangelnden Rechtsschutz für Aktivisten.

In Bezug auf die Lage der Frauen sind bisher nur sehr geringe Erfolge zu verzeichnen, die sich vornehmlich auf die Städterinnen konzentrieren. Ein besonderes Problem stellt die Organisation der Interessen der Wanderarbeiterinnen dar. Die Figur der Migrantin ist längst schon zur Ikone der Anti-Globalisierungsbewegung geworden, die es in Ansätzen auch in China gibt. Wie auch schon 100 Jahre früher wird wieder

einmal die Frau als Propagandafigur vornehmlich nationalistisch gesinnter Gruppen gewählt, die gegen die „Internationalisierung der Gesellschaft“ und das internationale Kapital mobilisieren. Die „geschändete Frau“ ist und bleibt die Sympathieträgerin der alten und neuen Revolutionäre. Xie Lihua resumiert nach 15 Jahren „NGO“-Arbeit, dass zwar geringe Erfolge vorzuweisen seien was die Beschäftigungssituation von Frauen angehe, ihr Schicksal habe sich aber nicht fundamental verändert.